

Konferenzberichte

Postpandemische Konstellation

Johannes Sonnenholzner

Konferenz „Digitalisierung, Arbeit und Gesellschaft in der postpandemischen Konstellation“ am 11. und 12. Mai 2023 im WZB, organisiert von der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion

Sind dank digitaler Technik alle gut durch die Pandemie gekommen? Mehr als drei Jahre nach Ausbruch von Corona wurde auf einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten und durch die Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion veranstalteten Konferenz am WZB Bilanz gezogen. Forscher*innen und Vertreter*innen aus Arbeit, Industrie und Politik diskutierten über die „postpandemische Konstellation“. Diese Bestimmung soll zum Ausdruck bringen, dass Themen wie Digitalisierung, gesellschaftliche Ungleichheiten und sozial-ökologische Transformation zusammengedacht werden, weil sich die Krisenphänomene überlagern.

Beim Thema Digitalisierung konnten zwei vorgestellte Studien (aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg und dem WZB) keinen einheitlichen Wandel durch die Pandemie feststellen: Während die Büroarbeit einen Digitalisierungspush erfuhr, blieb dieser in der Produktion aus. Zudem zeigt sich, dass große, etablierte, IT-erfahrene und homeoffice-fähige Betriebe stärker investiert haben. Auch staatliche Institutionen wie Schulen konnten die Krise dann besser bewältigen und Gelder für weitere Digitalisierung sinnvoll einsetzen, wenn sie im Umgang mit digitalen Technologien bereits geübt waren. Wie mehrere Vorträge zeigten, zeichnen sich Vorreiterorganisationen durch eine organisationale Herangehensweise und soziale Innovationen aus: gemeinsame Ziele, betriebliche Prozesse, kollektiver Wissenstransfer, die Einbindung sämtlicher Stakeholder inklusive Betriebsrat. Chris-

tiane Fritsch von der Online-Bank ING DiBa betonte, dass Führungskräfte Mitarbeiter coachen und ihnen Hindernisse im Arbeitsalltag aus dem Weg räumen sollten. Beim Unternehmen Bosch werden Mitarbeiter gefragt, wie viel Selbstverantwortung gewünscht ist. Jedes Team entscheidet für sich über die Anteile von Arbeit in Präsenz und Homeoffice – und nicht die Führungskraft.

Betont wurde, dass für Beschäftigte neue Ungleichheiten entstehen: Mitglieder von Vorreiter-Organisationen der Digitalisierung profitieren, weil sie in Kontakt mit neuen Technologien und Arbeitsformen kommen. Aber nur ca. 50 Prozent der Arbeitnehmer*innen können von zu Hause arbeiten. Laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts arbeiten Menschen mit Berufsausbildung deutlich seltener mobil als Akademiker*innen. Menschen in Pflegeberufen reicht der öffentliche Applaus in der Pandemie nicht. Zwar wurde bereits 2015 ein Tarifvertrag für ein Personalmindestmaß in Berlin eingeführt, jedoch verlassen viele Beschäftigte die Branche wegen Erschöpfung. „Jeder kleine Schritt muss erkämpft werden, damit ein Gesetz kommt oder sich tariflich was verändert – hauptsächlich von Frauen“, erklärte Dana Lützkendorf von der Gewerkschaft ver.di. Alte Ungleichheiten bei der Kinderbetreuung sind wieder verstärkt hervorgetreten. In der Diskussion wurde befürchtet, dass Frauen sich wieder zwischen Kind oder Karriere entscheiden müssen. Weder Staat noch Väter haben sich in der Krise als verlässlich erwiesen. Frauen mussten mehr kostenlose Betreuungsarbeit leisten und waren öfter krankgeschrieben.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Rolle des Staates. Er war während der Pandemie gefordert und ist es weiterhin: bei der Infrastruktur für die Betreuung von Kindern und Alten, bei der Digitalisierung der Verwaltung, bei der Regulierung von Arbeitsbedingungen und neuen Technologien, bei den Folgen der Inflation, den bestehenden Vermögens- und Bildungsungleichheiten. Die digitale und wirtschaftliche Souveränität ist zu sichern. Es wurde angezweifelt, dass die Staatsapparate darauf vorbereitet sind.

Die sozial-ökologische Transformation wird der Staat nicht alleine stemmen. Die Konferenz hat gezeigt, dass die Überlagerung der Krisenphänomene einen direkten Dialog von Wissenschaft und Praxis verlangt. Den sozialen Zusammenhalt zu wahren, wird anders nicht möglich sein.